

Linz, am 20.07.2022

Photovoltaik: Netzausbau dringend erforderlich

Als Reaktion Russlands auf die europäischen Sanktionen wird vermehrt gezielt am Öl- und Gashahn gedreht. Der Ausbau der Energie-Eigenversorgung, insbesondere der erneuerbaren Energieträger, ist daher mehr als notwendig. Gerade durch den Konflikt in der Ukraine, der mit enormen Verteuerungen bei den Energiepreisen einhergeht, wird die gesellschaftliche Forderung bezüglich PV-Anlagen auch auf landwirtschaftlich genutztem Boden immer lauter. Der OÖ Bauernbund begab sich deshalb mit zahlreichen Funktionären auf Exkursion zur Photovoltaik-Versuchsanlage der RWA Solar Solutions nach Pöchlarn, um die Möglichkeiten der agrarischen Doppelnutzung und die Kompatibilität von Energie- und Lebensmittelerzeugung, zu ergründen.

Neben der primären Aufgabe der bäuerlichen Familienbetriebe hochwertige Lebensmittel für die Bevölkerung zu erzeugen, tritt die Landwirtschaft mit der Errichtung von erneuerbaren Energieträgern wie beispielsweise Photovoltaik-, Windkraft, Holzverstromungs-, oder Biogasanlagen immer mehr in den Fokus. Parallel dazu stimmt das EU-Parlament zu, dass Atomenergie und Erdgas als nachhaltig und „grün“ eingestuft werden. Auch in Zeiten der Energieknappheit und großer Unsicherheit hinsichtlich der Energieversorgung in den nächsten Monaten und möglicherweise sogar Jahren, rückt die österreichische Politik keinen Zentimeter von ihrer Anti-Atom-Politik ab und wird sich an einer Klage beim Europäischen Gerichtshof beteiligen. Atomkraft und Gas kann und darf nicht als „grüne“ und damit nachhaltige Energie, betrachtet werden. Das ist gerade in Hinblick auf die Green Deal-Ziele bzw. die Farm-to-Fork-Strategie, welche die EU-Landwirtschaft betreffen, ein absoluter Widerspruch.

„Unsere Bäuerinnen und Bauern leisten sehr viel für den Umweltschutz und wirtschaften unter den global betrachtet höchsten Standards. Und dann werden mit dieser Art von ‚Greenwashing‘ jegliche Prinzipien der bisherigen EU-Energie-Politik über den Haufen geworfen. Das ist weder für die Bauern, noch für die Bevölkerung nachvollziehbar“, betont OÖ Bauernbund-Landesobfrau LRⁱⁿ Michaela Langer-Weninger.

Stromnetzausbau dringend erforderlich

Mit dem stetigen Ausbau der erneuerbaren Energieträger erhöhen sich die Anforderungen an das Stromnetz. Wie andere Länder steht auch Österreich vor dem Problem, dass einerseits das Stromnetz für eine notwendige dezentrale Einspeisung von Strom nicht ausgelegt ist (Gefährdung der Netzstabilität) und andererseits ein hoher finanzieller Aufwand für die Neuerschließung nötig ist. Zusätzlich stehen dem Ausbau gesetzliche Auflagen und langwierige Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren im Wege.

„Eines steht fest, wir müssen uns aus der Abhängigkeit fossiler Energieträger befreien. Das geht aber realistischer Weise nicht von heute auf morgen. Ebenso darf die Ernährungssouveränität Österreichs durch die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen im Zuge des erneuerbaren Ausbaues nicht gefährdet werden. Die OÖ Photovoltaik-Strategie 2030 sieht als ersten Schritt das Erschließen von Dachflächen für die Stromerzeugung vor. Als zweiter Schritt ist die Errichtung von PV-Paneeelen über Parkplätzen, beispielsweise bei Einkaufszentren, vorgesehen. Eine Errichtung auf landwirtschaftlichen Nutzflächen als weiterer Schritt muss vorzugsweise an eine Doppelnutzung, also an die landwirtschaftliche Produktion, gekoppelt sein“, erklärt Bauernbund-Landesobfrau Langer-Weninger.

Netzanschluss darf keine Einschränkung sein

Derzeit werden täglich neue PV-Anlagen auf den Dächern errichtet. Damit der erzeugte Strom jedoch abgeführt und ins Stromnetz eingespeist werden kann, ist das Vorhandensein bzw. die Genehmigung eines Netzanschlusses Voraussetzung. Immer öfter ist aber zu vernehmen, dass dieser seitens der Netzbetreiber nicht genehmigt wird.

„Wer eine PV-Anlage auf seinem Dach errichten möchte, der soll den Strom auch einspeisen können. Der Ausbau des Netzes hat daher oberste Priorität“, erklärt OÖ Bauernbund-Direktor Wolfgang Wallner und fordert daher den raschen Ausbau seitens der Energieversorger und die Schaffung der dafür notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Rückfragenhinweis

Ing. Stefanie Schauer, BEd.

+43 732 773866 - 813

Stefanie.schauer@ooe.bauernbund.at